

NACH DEN US-KONGRESSWAHLEN

Yes we can't

Barack Obama bleiben nach der Niederlage seiner Demokraten drei Optionen für die beiden letzten Jahre seiner Präsidentschaft

VON PEER MEINERT

Washington – Barack Obama handelt schnell und geschmeidig. Kaum zeichnet sich in der Wahlnacht die Klatsche ab, streckt er die Hand zu den Republikanern aus. Schon morgen sollen die Führer der Parteien ins Weiße Haus kommen. Der US-Präsident weiß, er hat jetzt nur noch zwei Möglichkeiten: Sich im Weißen Haus einmauern, die letzten zwei Jahre aussitzen. Oder den schweren Gang wagen, klein beigeben, mit den Republikanern reden – und hoffen, die drohende Totalblockade doch noch abzuwenden. Nach dem Gewinn beider Kongresskammern durch die Republikaner steht die Regierbarkeit der mächtigsten Nation der Welt auf dem Spiel – und das in einer Zeit, da die Welt an allen Ecken und Enden aus den Fugen gerät. Doch die Hoffnung auf echte Kompromisse zwischen Demokraten und Konservativen ist nicht gerade groß: Bereits in wenigen Monaten entbrennt der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 2016. Die Republikaner werten ihren jetzigen Triumph als ersten Schritt zum Wiedereinzug ins Weiße Haus.

Republikaner auf Blockadekurs

Erste Kandidaten bringen sich schon in Stellung. Hoch gehandelt werden Jeb Bush, der Bruder des letzten Bush-Präsidenten, oder Chris Christie, der sehr füllige Gouverneur von New York. Ebenfalls in den Startlöchern scharren die Senatoren Ted Cruz und Marco Rubio. Bei den Demokraten läuft sich Hillary Clinton warm. Zu befürchten ist, dass sich die seit Jahren zunehmende Polarisierung, die ideologische Verkrampfung zwischen den Fronten eher noch verschärfen – Wahlkampfzeiten sind nun mal keine Zeiten für leise Töne, für Pragmatik und Kompromiss. „Das Negative gewinnt den Senat“, kommentiert die „New York Times“



US-Präsident Barack Obama hat eine schwere Schlappe erlitten – keine gute Voraussetzung für seine beiden letzten Amtsjahre.

Foto: dpa

giftig. Statt konstruktiver Vorschläge setzen die Republikaner ganz auf Obstruktion. Und die „Washington Post“ warnt: Die Republikaner „dürfen sich nicht länger wie eine klein-karierte Oppositionspartei aufzuführen“, die nichts anderes tut, als Nein zu sagen. Zwar war die Schlappe der Demokraten absehbar – doch das Ausmaß übertraf deutlich die Erwartungen. Kaum ein anderer US-Präsident ist in so kurzer Zeit so tief gefallen wie Obama. 2008 wurde er triumphal als erster schwarzer Präsident gewählt, 2009 bekam er den Friedensnobelpreis, 2010 setzte er die Gesundheitsreform durch. Kurz

darauf verloren seine Demokraten die Mehrheit im Abgeordnetenhaus – seitdem herrscht ein Patt im Parlament. Zudem radikalisierten sich die Republikaner – nichts ging mehr.

Gesundheitsreform in Gefahr

Längst haben Millionen Amerikaner Obama abgeschrieben – auch viele, die ihm seinerzeit die Stimme gaben. Serienweise Pannen und Pleiten im Inneren, Versprechen ohne zu liefern, Zaudern und Zögern bei den großen Krisen der Welt. Zwar stand Außenpolitik nicht gerade im Zentrum des Wahlkampfes – doch einen

schwachen Präsidenten mögen die Amerikaner nicht. „Welle der Wut“, versucht die „Washington Post“ das Debakel zu erklären. Obama steht mit dem Rücken zur Wand. Es geht ihm um sein Erbe. Die Republikaner drohen, die Gesundheitsreform zu schleifen – sein größtes Reformwerk, mit dem er in die Geschichtsbücher eingehen will. Auch die Erfolge in der Umweltpolitik wollen sie zurückdrehen. Dem einstigen Hoffnungsträger bleiben drei Möglichkeiten: Erstens: Er regiert mit präsidialen Verordnungen. Das ist ein Stück weit möglich, doch am Parlament vorbei zu regieren sieht auf Dauer hässlich

aus. Außerdem ist so nur Stückwerk möglich, es wäre ein Regieren im Klein-Klein. Für echte Veränderungen braucht man Gesetze. Zweitens: Obama packt innenpolitisch nichts Großes mehr an, zieht sich ins Weiße Haus zurück, hält Reden. Als Ausgleich könnte er sich mehr auf die Außenpolitik konzentrieren – da können ihm die Republikaner nicht so viel Knüppel zwischen die Beine werfen. Drittens: Er geht auf die Republikaner zu, lotet Gemeinsamkeiten aus, versucht, die Verkrampfung zu überwinden. So hat es Bill Clinton einst gemacht – und zumindest teilweise Erfolg gehabt.

Zur Kenntnis genommen

Nach der NSA-Affäre sieht Berlin Obamas Wahlschlappe leidenschaftslos – Steinmeier warnt vor Handlungsunfähigkeit der USA

VON CHRISTOPH SATOR

Berlin – Keine großen Wahl-Partys, keine hitzigen Diskussionsrunden bis in den Morgen, kein Pappfiguren von Barack Obama in Lebensgröße mehr. Von der Begeisterung für den US-Präsidenten ist auch in Deutschland, wo man Obama einst bejubelte wie nirgendwo sonst, nicht mehr viel übrig. Das Ergebnis der Zwischenwahlen wurde gestern in Berlin recht geschäftsmäßig zur Kenntnis genommen. Die Niederlage von Obamas Demokratischer Partei überraschte wirklich keinen mehr. Aber was heißt das nun für die deutsch-ameri-

kanischen Beziehungen, um die es wegen der Aktivitäten des US-Geheimdiensts NSA ohnehin nicht besonders bestellt ist? Ist der Präsident für die restlichen zwei Jahre seiner Amtszeit tatsächlich eine „lahme Ente“? Und, falls die USA international weniger leisten können, muss Deutschland dann möglicherweise mehr machen? Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hielt sich mit jedem Kommentar zunächst zurück. Außenminister Frank-Walter Steinmeier nahm das Ergebnis „mit Respekt“ zu Kenntnis. Der SPD-Mann mahnte aber auch: „Gerade angesichts der drängenden Krisen in der

Welt ist ein handlungsfähiges Amerika sehr wichtig. Politische Blockaden in Washington können wir uns nicht leisten.“ Viele in Europa plagt die Sorge, dass die USA in den aktuell gerade nicht wenigen internationalen Konflikten an Handlungsfähigkeit verlieren. Der Grund ist simpel: Wenn Obama in seiner Führungskraft weiter geschwächt wird, dürften die Ansprüche an die Europäer steigen. Und in der EU gelten die Deutschen derzeit als wichtigste Größe. Der USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Josef Praml, warnt schon länger vor einer neuen

„Welt-Unordnung“. „Diejenigen, die sich freuen, dass es Amerika schlecht geht, sollten erkennen, dass das Riesenschauspiel für uns verurteilt ist.“ Die meisten Experten gehen davon aus, dass die Arbeit für Obama durch die doppelte gegnerische Mehrheit in Repräsentantenhaus und Senat auch in außenpolitischen Angelegenheiten schwieriger wird. Der langjährige Koordinator der Bundesregierung für die transatlantische Zusammenarbeit, Karsten Voigt (SPD), meint: „Man muss leider befürchten, dass sich die Polarisierung auch in der Außenpolitik niederschlägt.“ Die ersten Auswirkungen

erwarten viele bei den Atom-Verhandlungen mit dem Iran, wo die Frist für eine Einigung am 24. November zu Ende geht. Die Bereitschaft des US-Kongresses, Sanktionen gegen Teheran aufzuheben, dürfte nun noch geringer sein. Auch bei den Bemühungen um einen neuen weltweiten Klima-Vertrag und ein Freihandelsabkommen mit den Europäern sind die Spielräume für Obama kleiner geworden. Gegenüber Russland könnte sich der Ton verschärfen. Bei den Republikanern gibt es viele, die von der gegenwärtigen Ukraine-Strategie des Westens nichts halten.

INTERVIEW MICHAEL WEHNER

„Obama hat noch ein paar Karten im Spiel“

Politikwissenschaftler sieht Dauerwahlkampf in den USA kritisch – Amerikanische Wahlkampftrends schwappen nach Europa über

Freiburg – Droht den USA zweijähriger politischer Stillstand? Der Politologe Michael Wehner hält dieses Szenario angesichts der Gräben zwischen Republikanern und Demokraten für wahrscheinlich. Im Gespräch mit Oliver Stortz erklärt der Leiter der Freiburger Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildung, warum die Zwischenwahlen eine Bürde für das politische System der Vereinigten Staaten sind.

Herr Wehner, ist Barack Obama noch der viel zitierte mächtigste Mann der Welt?

Wehner: Die Frage ist, ob er es jemals war. Die Funktionsweise des präsidentiellen Systems mit der strikten Gewaltenteilung von Exekutive und Legislative zwingt den Präsidenten, sich immer wieder mit der parlamentarischen Mehrheit im Kongress auseinander zu setzen, da er keine eigenen Gesetze einbringen kann. Es ist hilfreich, wenn seine eigene Partei diese Mehrheit stellt. Wenn es aber wie jetzt nach den Midterm-Elections so aussieht, dass die Republikaner beide Häuser, Senat und Repräsentantenhaus, mehrheitlich besetzen, dann wird regieren noch schwieriger.

Obama gilt jetzt als „lahme Ente“ – welche Spielräume hat er in der Innenpolitik überhaupt noch?

Wehner: Im Senat erfordern viele Gesetzesvorhaben immer noch 60 Stimmen von 100, weil sonst die Filibustertaktik einsetzbar ist. Insofern gibt es hier für die Demokraten noch die Möglichkeit zu intervenieren. Und er kann das präsidentielle Veto einlegen, das nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit überstimbar ist. Insofern hat er noch ein paar Karten im Spiel. Nichtsdestotrotz werden die Republikaner versuchen, ihre Gesetzesvorhaben wieder auf die Agenda zu bringen.

Können die Republikaner es sich leisten, an ihrem sturen Kurs festzuhalten und zwei Jahre Stillstand zu riskieren?

Wehner: Aufgrund der politischen Gegensätzlichkeiten ist wenig zu erwarten. Allerdings werden sechs republikanische Senatoren als Präsidentschaftskandidaten gehandelt. Die müssen einerseits klaren Kurs gegen Obama steuern, aber auch als präsidial wahrgenommen werden. Eine Blockadepolitik wie zuletzt kann sich eine Partei, die 2016 den



Michael Wehner

Foto: LpB

Präsidenten stellen will, nicht mehr erlauben.

Was bedeutet die Schlappe Obamas für eine mögliche Kandidatur Hillary Clintons in zwei Jahren?

Wehner: Sie hat sich mit ihrer Demission rechtzeitig von Obama distanziert. Jetzt muss sich zeigen, wer in der Partei noch seinen Hut in den Ring wirft. Vom Bekanntheitsgrad und der Akzeptanz der Clinton-Familie hat sie sicherlich die besten Chancen.

Die Midterm-Elections führen dazu, dass sich die USA de facto im Dauerwahlkampf befinden – beschleunigt das politische Prozesse oder ist es Sand im Getriebe?

Wehner: Man kann es aus Sicht der Verfassungsväter sehen und sagen, das seien genau die „Checks and Balances“, die man haben wollte, um nicht einen übermächtigen Präsidenten zu generieren. Aber dieses ständige Aushandeln und Rücksichtnehmen auf lokale Interessen bei 435 Wahlkreisen, die alle zwei Jahre neu ausgeschrieben werden, fördert stringentes und konsequenten Regierungshandeln natürlich nicht.

Ist der jetzige Zustand in den USA vergleichbar mit unterschiedlichen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat in Deutschland?

Wehner: Nicht ganz, weil die beiden amerikanischen Häuser gleichberechtigt sind, während der Bundesrat zwar gesetzgebungsberechtigt ist, seine Initiativen aber nur selten mehrheitsfähig im Bundestag sind, wenn dort andere Parteien die Regierung bilden. Aber eine mögliche Bundesratsblockade, die eine Bundesregierung auszuhalten hat, ist ganz holzschnittartig in etwa vergleichbar mit einer Kongressopposition gegen den US-Präsidenten.

Die USA sind ein Labor für Wahlkampagnen. Welche Trends werden nach Europa überschwappen?

Wehner: Man wird die Wahlkämpfe noch stärker professionalisieren und damit auch noch viel mehr Geld in die Hand nehmen müssen, um damit soziologische Daten zu bekommen. Man wird in den nächsten Jahren in Deutschland Straßenwahlkämpfe erleben, von Haustür zu Haustür. Die persönliche Ansprache der Wähler ist laut Wahlforschern einfach die erfolgreichste Form.

Toter Wahlsieger und Steuer auf Limo

Washington (dpa) – „Wahlschlappe für Präsident Barack Obama“ titeln viele Medien nach der US-Kongresswahl. Doch die Abstimmung in Senat und Abgeordnetenhaus hat noch andere Ergebnisse gebracht, über die sich viele US-Bürger freuen, ärgern oder einfach nur wundern:

Erste schwarze Republikanerin im US-Kongress: Die frühere Bürgermeisterin der Stadt Saratoga Springs (Utah), Mia Love, hat es im zweiten Anlauf ins Abgeordnetenhaus geschafft. Die erklärte Verfechterin für Haushaltsdisziplin errang als erste schwarze Frau in den Reihen der Republikaner einen Sitz im Kongress.

Obamas persönliches Wahlkampf-Debakel: Üblicherweise bedeuten Kongresswahlen extremen Reise stress für den jeweiligen US-Präsidenten. Barack Obamas Zeitplan blieb aber bis zuletzt überschaubar. Nur sieben demokratische Kandidaten für das Gouverneursamt wagten noch den gemeinsamen Auftritt mit dem unbeliebten Präsidenten. Gleich fünf von ihnen scheiterten.

Republikaner erobern Obamas Heimatstaat: In Obamas Heimat Illinois sitzt in Zukunft ein Republikaner in der prächtigen Gouverneurs-Villa der Hauptstadt Springfield. Bei der Wahl kam der republikanische Herausforderer Bruce Rauner laut CNN auf 51 Prozent. Er soll aus eigenen Mitteln 20 Millionen Dollar (16 Millionen Euro) in den Wahlkampf gesteckt haben. Amtsinhaber Pat Quinn hatte Präsident Obama auf seiner Seite – das reichte nicht. Obama ist zwar auf Hawaii geboren, hat in Chicago aber seine politische Heimat gefunden.

Toter an der Pazifikküste gewählt: Im Westküstenstaat Washington ist der Demokrat Roger Freeman wieder in das regionale Abgeordnetenhaus gewählt worden. Das Problem: Freeman war Ende Oktober an Darmkrebs gestorben, stand aber noch auf dem Wahlzettel. Viele Wähler hatten seinen Tod nicht mitbekommen, andere stimmten vorher per Briefwahl ab, wie Medien in Seattle berichteten. Die Demokraten müssen nun einen Nachfolger benennen.

Daumen runter für Senator McConnell: Ausgerechnet bei der Stimmabgabe in der Wahlkabine hat sich Mitch McConnell die eindeutige Misfallensbekundung eines Landsmanns gefallen lassen müssen. Während der wahrscheinliche neue Mehrheitsführer im Senat im Staat Kentucky in die Kamera lächelt, zeigt der Mann hinter ihm demonstrativ die Daumen-runter-Geste.

Noch ein George Bush in der Politik: George P. Bush (38) hat die Wahl zum Chef der Verwaltungsbehörde für öffentliche Liegenschaften in Texas gewonnen. Der jüngste Bush-Politiker war damit in seinem ersten Wahlkampf erfolgreich, berichtete das „National Journal“. Der Republikaner ist Sohn von Jeb Bush, dem Bruder des ehemaligen Präsidenten George W. Bush. Ex-Präsident George H. W. Bush ist der Großvater von George P. Bush.

Legales Kiffen auf dem Vormarsch: 2012 waren Colorado und Washington die Vorreiter für die Freigabe der Droge. Nun stimmten auch die Wähler in Alaska und in Oregon für die Legalisierung von Marihuana. Danach dürfen Bürger ab 21 Jahren in Oregon das Rauschmittel besitzen und bei sich zu Hause vier Cannabis-Pflanzen anbauen, in Alaska sind es sogar maximal sechs Pflanzen. Das regulierte Geschäft mit der Droge als legales Genussmittel wollen die Bundesstaaten nach dem Vorbild von Colorado und Washington besteuern. Auch in der Hauptstadt Washington ist das Kiffen nun legal.

Prickelnde Steuerquelle: Berkeley in Kalifornien führt als erste Stadt in den USA eine Limo-Steuer ein. Die Wähler in der liberalen Universitätsstadt sprachen sich im Kampf gegen den hohen Zuckerkonsum klar für eine Besteuerung zuckerhaltiger Getränke aus. Eine in den USA handelsübliche 350-Milliliter-Dose soll mit dem Aufschlag etwa zwölf US-Cent mehr kosten. Auch in San Francisco stimmte die Mehrheit der Wähler für eine Limo-Steuer, das Referendum scheiterte aber an einem Quorum.